

Fragen des Bundesverbandes	CSU	FDP	Grüne	Linke	SPD	Freie Wähler
<p>1. Masterplan für eine tierversuchsfreie Forschung Nach dem Vorbild der Niederlande enthält dieser eine Gesamtstrategie, ein Umsetzungsmanagement sowie ein Monitoring-Programm zur Qualitätssicherung.</p>	<p>Das Konzept der CSU heißt 3R: Ersatz von Tierversuchen, Reduktion der Tierzahlen und der Reduktion der Tierleids im Versuch national, europäisch und international. Zum Gesamtplan (Masterplan) äußert sich die CSU nicht.</p>	<p>Wissenschaftliche Erkenntnisse und darauf basierende Entwicklungen können durch einen Masterplan nicht verbessert werden. Die Regierungen von Bund und Ländern können Erkenntnisse interpretieren und diese zur Verbesserung des Tierwohls einsetzen.</p>	<p>Die Grünen stehen hinter diesem Masterplan und verfolgen seine Erstellung, sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode.</p>	<p>Die Linke steht hinter diesem Masterplan und verfolgt seine Erstellung, sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode.</p>	<p>Ja, die SPD steht voll hinter dem Masterplan und unterstützt diesen in der nächsten Legislaturperiode sowohl als Regierungspartei als auch als Oppositionsfraktion.</p>	<p>Die Freien Wähler antworten mit einer Gesamtstellungnahme. Diese lesen Sie unter „Antworten der Parteien“.</p>
<p>2. Förderung tierversuchsfreier Verfahren Zielgenaue Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für die systematische Entwicklung noch fehlender tierversuchsfreier Verfahren, damit Sicherheitstests ab 2025, bzw. so schnell wie möglich, gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können.</p>	<p>Durch das Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ wurde die Entwicklung bereits vorangetrieben. Die Prüfung auf weiteren Förderbedarf und die Förderung spezifischer Verfahren erfolgt kontinuierlich.</p>	<p>Die FDP Partei unterstützt den Abbauplan der Niederlande nicht, weil ... Tierversuche unserer Auffassung nach leider nach wie vor unumgänglich sind, besonders im medizinischen und wissenschaftlichen Bereich. Auch wenn eine Verringerung von Tierversuchen wünschenswert ist, sehen wir keine echten Alternativen. Wir wollen daher keine voreiligen Verbote erlassen oder unterstützen, ohne ausreichend Alternativen zu haben.</p>	<p>Die Grünen unterstützen die serienreife Entwicklung der fehlenden Regulatorischen Tests insbesondere durch Einrichtungen von Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, damit ab 2025 Regulatorische Sicherheitstests gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können. Die Grünen verfolgen dies sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode.</p>	<p>Die Linke unterstützt die serienreife Entwicklung der fehlenden Regulatorischen Tests insbesondere durch Einrichtungen von Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, damit ab 2025 Regulatorische Sicherheitstests gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können. Die Linke verfolgt dies sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode.</p>	<p>Ja, die SPD unterstützt die serienreife Entwicklung der bislang fehlenden Tests insbesondere durch die Schaffung von Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, damit ab 2025 Regulatorische Sicherheitstests gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können.</p>	<p>„Auch uns FREIE WÄHLER liegt das Tierwohl sehr am Herzen, daher setzen wir uns auch seit Jahren aktiv für die Förderung von Alternativen zu Tierversuchen in der Forschung wie auch für viele andere tierschutzrelevante Themen ein.“</p>
<p>3. Tierversuchsanträge: Standardisierte Prüfregele Den Genehmigungsbehörden muss ein Handbuch (Kriterienkatalog) zur Feststellung der gesetzlich geforderten Unerlässlichkeit und ethischen Vertretbarkeit zur Verfügung gestellt werden, um eine Nutzen-Schaden-Abwägung mit größtmöglicher Objektivität bundesweit nach gleichem Standard zu gewährleisten.</p>	<p>Die CSU begrüßt das Handbuch als Hilfestellung für den Umgang mit dem Tierschutzrecht und zur Vereinheitlichung des Vollzugs bei Tierversuchen sowie mit der Bewertung der ethischen Vertretbarkeit eines Tierversuchs. Die Projektgruppe Tierschutz (der Länder) entwickelt dieses Handbuch.</p>	<p>Die FDP wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode alle Maßnahmen ergreifen, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.</p>	<p>Die Grünen werden sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.</p>	<p>Die Linke wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.</p>	<p>Die SPD wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode alles tun, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.</p>	<p>„Die Beantwortung Ihrer Fragen ist uns jedoch leider so nicht möglich. Die Fragen beziehen sich auf spezielle Einzelthemen. Hier ist es uns nicht möglich, zeitnah eine repräsentative Meinung zu bilden.“</p>

Fragen des Bundesverbandes	CSU	FDP	Grüne	Linke	SPD	Freie Wähler
4. Tiere zu Ausbildungszwecken im Studium Es werden Maßnahmen ergriffen, damit der Einsatz von Tieren zu Ausbildungszwecken an bayerischen Hochschulen reduziert und letztendlich komplett eingestellt werden. Die erforderlichen Änderungen des Hochschulgesetzes werden schnellstens veranlasst und Fördermitteln für die Reformation der betreffenden Kurse bereitgestellt.	Die CSU wirbt für die Vermittlung tierversuchsfreier Methoden und ethischer Grundlagen zum Tierversuch bei Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Diese sind in der Ausbildung von Akademikern weitgehend frei, Studienordnung und Inhalte selbst zu bestimmen. Das Tierschutzgesetz verpflichtet dazu, tierversuchsfreie Methoden einzusetzen, sofern vorhanden.	Eine solche Neuerung der Hochschulgesetze ist nicht erforderlich, weil ... wir Freie Demokraten es den Hochschulen selbst überlassen wollen, wie sie ihre Lehre ausgestalten und was sie als neusten Stand der Forschung für sich bestimmen. Auch obliegt es den Hochschulen, welche Leistungen sie von den Studierenden abverlangen.	Die Grünen werden sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit der Einsatz von Tieren zu Ausbildungszwecken an den bayerischen Hochschulen reduziert und letztendlich komplett eingestellt wird. Die erforderlichen Änderungen des Hochschulgesetzes werden schnellstens veranlasst und Fördermittel für die Reformation der betreffenden Kurse bereitgestellt.	Die Linke wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit der Einsatz von Tieren zu Ausbildungszwecken an den bayerischen Hochschulen reduziert und letztendlich komplett eingestellt wird. Die erforderlichen Änderungen des Hochschulgesetzes werden schnellstens veranlasst und Fördermittel für die Reformation der betreffenden Kurse bereitgestellt.	Die SPD lehnt den Einsatz von Tieren zu Ausbildungszwecken an Hochschulen ab. Sie will die bisher übliche Praxis erst einschränken und schließlich ganz einstellen. Die erforderlichen Änderungen des Hochschulgesetzes werden umgehend angestoßen und die für die Reform notwendigen Fördermittel beantragt.	Die Freien Wähler antworten mit einer Gesamtstellungnahme. Diese lesen Sie unter „Antworten der Parteien“.
5. Landwirtschaftliche Tierhaltung Verschärfung der Tierschutz-Gesetzgebung/ Tierschutzrecht stärken Es werden Maßnahmen ergriffen, um Tierschutzgesetz und Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes zu überarbeiten (Platzangebot, Auslauf, Beschäftigung, gesundheitsorientierte Zucht und Haltung, Transport, Schlachtung).	Die CSU setzt nicht auf Verschärfungen des Tierschutzrechts, dadurch scheiden kleine und mittlere Betriebe aus. Es müssen höhere Tierschutzstandards in der EU erreicht werden. Darin unterstützt die CSU die Bundesregierung. Nutztierhaltung muss umsetzbar und wirtschaftlich tragbar sein. CSU fördert tiergerechte Ställe und betreibt Verbraucheraufklärung.	Die FDP hält die bestehenden gesetzlichen Vorgaben für ausreichend, weil ... sie bereits auf den wesentlichen Kriterien und Grundsäulen des Tierwohls bestehen: Freiheit von Hunger, Durst, Angst, Stress, haltungsbedingten Beschwerden etc.	Die Grünen werden sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, um Tierschutzgesetz und Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes zu überarbeiten (Platzangebot, Auslauf, Beschäftigung, gesundheitsorientierte Zucht und Haltung, Transport, Schlachtung).	Die Linke wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, um Tierschutzgesetz und Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes zu überarbeiten (Platzangebot, Auslauf, Beschäftigung, gesundheitsorientierte Zucht und Haltung, Transport, Schlachtung).	Die SPD wird sowohl als Regierungspartei als auch als Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, um das Tierschutzgesetz und die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes zu überarbeiten. (Platzangebot, Auslauf, Beschäftigung, gesundheitsorientierte Zucht und Haltung, Transport, Schlachtung).	Die Freien Wähler antworten mit einer Gesamtstellungnahme. Diese lesen Sie unter „Antworten der Parteien“.
6. Rinder - Anbindehaltung 2016 hat der Bundesrat das Verbot der dauerhaften Anbindehaltung von Rindern mit einer Übergangsfrist von 12 Jahren beschlossen. Der Beschluss muss endlich rechtskräftig werden. Zusätzlich wird der freiwillige Ausstieg aus der Anbindehaltung finanziell gefördert.	Die CSU lehnt das generelle Verbot der Anbindehaltung ab. Das nationale Verbot gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen Milchbauern in der EU. Auch der Handel ist gefordert.	Die FDP hält nichts von einer Verbotsregelung und setzt ausschließlich auf den freiwilligen Ausstieg. Fördermaßnahmen für: Erhalt kleinbäuerlicher Strukturen, Stallumbauten; Bestandsschutz für Betriebe, die aufhören.	Die Grünen werden als Regierungs- oder Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit die Verbotsregelung (s. Entschließungsantrag Bundesrats) verabschiedet wird. Parallel dazu: freiwilliger Ausstieg wird finanziell gefördert.	Die Linke wird als Regierungs- oder Oppositionsfraktion alle Maßnahmen ergreifen, damit die Verbotsregelung (s. Entschließungsantrag Bundesrats) verabschiedet wird. Parallel dazu: freiwilliger Ausstieg wird finanziell gefördert.	Die SPD setzt ausschließlich auf den freiwilligen Ausstieg, gestützt durch Fördermaßnahmen für Stallumbauten und (vorübergehende) Weidehaltung. 1/3 der Betriebe haben Anbindehaltung Kreislaufwirtschaft.	„Die Fragen beziehen sich auf spezielle Einzelthemen Hier ist es uns nicht möglich, zeitnah eine repräsentative Meinung zu bilden.“
Fragen des	CSU	FDP	Grüne	Linke	SPD	Freie Wähler

Bundesverbandes						
<p>7. Förderung der bio-veganen Landwirtschaft Die bio-veganen Landwirtschaft verfolgt nachhaltige und ressourcenschonende Anbaukonzepte. Wichtige Aspekte sind: Verzicht auf Pestizide, Düngung auf pflanzlicher Basis, Erhalt der Bodenfruchtbarkeit durch ausgewogene Fruchtfolge, Förderung des Bodenlebens und der Lebensräume wildlebender Tiere. Deshalb werden Maßnahmen ergriffen, um die boden- und umweltverträgliche biologische Pflanzen- und Nahrungsmittelproduktion besonders fördern.</p>	<p>Konventionelle und ökologische Landwirtschaft stehen nicht im Gegensatz. Sie werden von der CSU zielgerichtet und am Markt ausgerichtet gefördert. Die CSU will das Bewusstsein für regionale Produkte und Bioprodukte fördern.</p>	<p>Eine besondere Förderung biologischer Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis strebt die FDP nicht an, weil... wir grundsätzlich konventionelle und biologische Landwirtschaft als gleichwertig ansehen. Eine besondere Förderung ist daher nicht vorgesehen.</p>	<p>Die Grünen wollen den Anteil der boden- und umweltverträglichen biologischen Pflanzenproduktion und damit die Erzeugung biologischer Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis besonders fördern.</p>	<p>Die Linke will den Anteil der boden- und umweltverträglichen biologischen Pflanzenproduktion und damit die Erzeugung biologischer Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis besonders fördern.</p>	<p>Die SPD will den Anteil der boden- und umweltverträglichen biologischen Pflanzenproduktion und damit die Erzeugung biologischer Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis besonders fördern.</p>	<p>Die Freien Wähler antworten mit einer Gesamtstellungnahme. Diese lesen Sie unter „Antworten der Parteien“.</p>
<p>8. Tierschutzpädagogik Tierschutz ist gesamtgesellschaftlicher Bildungsauftrag. Tierschutzerziehung sollte fester Bestandteil der Lehrpläne, der Lehrer-Ausbildung und der Unterrichtsmaterialien sein. Es werden Maßnahmen ergriffen, damit der Tierschutz in Lehrpläne, Lehrer-Ausbildung und Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird.</p>	<p>Die neuen Lehrpläne vermitteln bereits entsprechende Kompetenzen und Wissen.</p>	<p>Die FDP hält die Einführung von Tierschutzpädagogik für nicht erforderlich, weil... es grundsätzlich der Erziehungsauftrag der Eltern und nicht der Lehrer an Schulen ist, den Kindern und Jugendlichen ein gesundes Miteinander von Tier und Mensch zu vermitteln.</p>	<p>Die Grünen wollen sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen ergreifen, damit der Tierschutz in Lehrpläne, Lehrer-Ausbildung und Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird.</p>	<p>Die Linke wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen ergreifen, damit der Tierschutz in Lehrpläne, Lehrer-Ausbildung und Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird.</p>	<p>Die SPD wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen ergreifen, damit der Tierschutz in Lehrpläne, Lehrer-Ausbildung und Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird.</p>	<p>Die Freien Wähler antworten mit einer Gesamtstellungnahme. Diese lesen Sie unter „Antworten der Parteien“.</p>
<p>9. Tierschutz-Verbandsklage Die Tierschutzverbandsklage wurde in 8 Bundesländern eingeführt. Für unseren Rechtsstaat ist sie eine selbstverständliche Folge aus dem Staatsziel Tierschutz. Es werden alle Maßnahmen ergriffen, damit die Tierschutz-Verbandsklage in Bayern eingeführt wird.</p>	<p>Das Verbandsklagerecht bringt keinen Gewinn, sondern bürokratischen Aufwand und Rechtsunsicherheit.</p>	<p>Die FDP hält die Einführung der Tierschutz-Verbandsklage für nicht erforderlich, weil... unserer Auffassung nach die Behörden, die mit Einhaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts beauftragt sind, ihrer Arbeit bereits sorgfältig und in angemessenem Ausmaße nachkommen. Durch das Klagerecht ist eine Klagewelle an den Verwaltungsgerichten zu befürchten.</p>	<p>Die Grünen wollen sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode alle Maßnahmen ergreifen, damit die Tierschutz-Verbandsklage in Bayern eingeführt wird.</p>	<p>Die Linke wird sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode alle Maßnahmen ergreifen, damit die Tierschutz-Verbandsklage in Bayern eingeführt wird.</p>	<p>Die SPD wird sowohl als Regierungspartei als auch als Oppositionsfraktion in der nächsten Legislaturperiode alle Maßnahmen ergreifen, damit die Tierschutz-Verbandsklage in Bayern eingeführt wird.</p>	<p>„Die Fragen beziehen sich auf spezielle Einzelthemen Hier ist es uns nicht möglich, zeitnah eine repräsentative Meinung zu bilden.“</p>